

Motion über eine administrative Entlastung von KMU

eröffnet am 8. März 2004

Der Regierungsrat wird ersucht, mit allen Mitteln die Einführung des neuen Lohnausweises zu verhindern. Erwartet werden insbesondere Interventionen beim zuständigen Bundesrat und Finanzminister Merz sowie Einflussnahme bei der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK). In einem kurz gehaltenen Rechenschaftsbericht soll dem Grossen Rat anschliessend über die Bemühungen und Ergebnisse Bericht erstattet werden.

Begründung:

Bereits mit meiner Anfrage Nr. 4 vom 16. Juni 2003 habe ich darauf hingewiesen, dass mit dem neuen Lohnausweis insbesondere KMU mit erheblichen administrativen Mehraufwendungen konfrontiert werden. Die damalige Antwort der Regierung vermochte nicht zu befriedigen.

Der in der Zwischenzeit überarbeitete aktuelle Lohnausweisentwurf wird durch 20 Seiten Vorschriften, versehen mit 79 Randziffern und zusätzlichen Querverweisen für KMU zum administrativen Inferno. Vorgesehen ist, diese Vorschriften durch Richtlinien für die steuerliche Beurteilung von Gehaltsnebenleistungen und Naturalleistungen noch zu ergänzen.

Es genügt nicht, wenn die Regierung in der Beantwortung der Motion von Guido Graf (Nr. 86 über einen Planungsbericht zur Halbierung der bürokratischen Belastung bei KMU inkl. Landwirtschaftsberiebe) einen solchen Bericht ablehnt, unter anderem mit der Begründung, dass zuerst die Massnahmen auf Bundesebene abzuwarten sind, um diese anschliessend in einem rollenden Prozess kantonal zu unterstützen. Es ist dringend notwendig, dass der Kanton bei einem solchen Vorgehen seinen Einfluss bereits bei der Entstehung von administrativen Irrläufen auf Bundesebene geltend macht.

Der zuständige Bundesrat und die Schweizerische Steuerkonferenz sind aufzufordern, einen KMU-verträglichen Lohnausweis zu schaffen. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass es Pflicht der Steuerbehörden ist, über Naturalleistungen und Gehaltsnebenleistungen (so genannte Fringe benefits) in erheblichem Umfang im Interesse einer gleichmässigen, gesetzeskonformen Besteuerung aller Steuerpflichtigen Auskunft zu verlangen. Dies muss aber auf KMU-verträgliche Art erfolgen.

Konrad Graber